



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/24435

Maßnahmen zur (Versorgungs-)Sicherheit im Freistaat

Der Landtag sieht den Bund gefordert, auch bei Versorgungsengpässen die notwendigen Sicherungsstrukturen sicherzustellen. Der Freistaat trägt hier viel dazu bei. Hier ist insbesondere auf die Förderung der Gewinnung und Speicherung alternativer Energien – wie z. B. das Photovoltaik-Speicherprogramm oder das Förderprogramm zur Modernisierung der Wasserkraft – jenseits von fossilem Erdgas hinzuweisen. Es soll weiter auf den Bund eingewirkt werden, schnellstmöglich eine befristete Laufzeitverlängerung der drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke (AKW) rechtssicher zu ermöglichen. Zusätzlich soll der Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien im Freistaat zusammen mit dem hierfür notwendigen Leitungsnetz weiter ambitioniert vorangetrieben werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit der Verwaltung sowie zum Schutz der Bevölkerung weiter voranzutreiben sowie notwendige (Sicherheits-)Strukturen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter auf- und auszubauen und die Bürger vor Ort transparent und aktuell zu informieren. Seit dem Sommer bereiten sich die Behörden aller Verwaltungsebenen sowie die Kommunen auf mögliche Auswirkungen einer Energiekrise im Herbst und Winter 2022/2023 vor. Dies umfasst namentlich auch möglicherweise zu ergreifende Maßnahmen bei länger andauernden Stromausfällen. Bereits eingeleitete kommunale Maßnahmen sind weiter zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident